



öffentlich

**Betreff:**

Förderung freier Kulturträger und Institutionen

Erstellungsdatum 09.03.2004

Eingang 902:

**Einreicher:** Fraktion CDU

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
31.03.2004	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Förderung freier Kulturträger und Institutionen – nach Maßgabe ihres anerkannten Profils, unter Beachtung einer sinnvollen Balance des Genres und im Hinblick auf die Entwicklung der von den Trägern belebten Kulturorte – eine kommunale Grundsicherung herbeizuführen, die mehrere Jahre hält und im Rahmen der Bewerbung Potsdams als Kulturhauptstadt 2010 Bestand hat. Über den Abschluss dieses Projektes ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer September-Sitzung 2004 zu berichten.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die Kulturträger benötigen endlich Planungssicherheit, nicht nur das Theater, die Kammerakademie und die Musikfestspiele/Nikolaisaal, sondern auch die freien Träger. Die alljährlich wiederkehrenden Unsicherheiten müssen beendet werden. Die Formulierung des Antrages macht deutlich, dass sich die freien Träger Kriterien unterwerfen müssen und dass nicht an ein Gießkannenprinzip gedacht ist.